

Gedanken zum Pfingstfest

Von Walter Schmithals

Dem Heiligen Geist, dessen Fest die Christenheit zu Pfingsten begeht, werden in der Bibel viele Attribute beigegeben: Er ist der Geist der Liebe und der Besonnenheit, der Geist des Friedens und der Freude, der Geduld und der Güte, der Geist der Stärke und der Zucht.

Nicht selten heißt er auch der „Geist der Wahrheit“.

Wer wollte ihn nicht hochachten, den Geist der Wahrheit? Gewinnt unser Herz nicht auch ein Mensch, in dem kein Falsch ist, dem man vertrauen kann, dessen Ja ein Ja und dessen Nein ein Nein ist? Wie sollten wir dann nicht erst recht dem Geist ewiger Wahrheit das Herz öffnen!

Freilich: Es gibt auch schmerzliche Wahrheiten. Wahrheit kann wehtun, kann verletzen. Wahrheit bringt an das Licht, was wir gerne vor anderen und oft auch vor uns selbst verborgen halten.

So ist es auch mit dem Heiligen Geist, dem Geist Gottes. Er führt uns in die Wahrheit, aber er tut es nicht, ohne unsere Unwahrheit ans Licht zu bringen. Der „edle Führer“, wie er besungen wird, ist zugleich ein ehrlicher Überführer.

Wessen überführt er uns? Was ist die Unwahrheit menschlichen Daseins? Luther hat gemeint, der Mensch wolle im Grunde seines Daseins nicht, daß Gott Gott sei, sondern daß er selbst Gott sei, und das sei seine Unwahrheit.

Ist es so, wie Luther meint und wie die Schlange trügerisch verheißt: Ihr werdet sein wie Gott und wissen, was gut und böse ist — allwissend, allmächtig, souverän? Und müssen uns mit Adam und Eva stets von neuem die Augen aufgetan werden, damit wir gewahrt werden: Wir sind nackt?

Jeder prüfe sich selbst. Jeder durchschaue mit seinen eigenen Augen diese Welt. Ist es uns höchste Wahrheit, Mensch zu sein, und mit Matthias Claudius „täglich zu singen“: Ich danke Gott und freue mich

Wie's Kind zur Weihnachtsgabe, Daß ich bin, bin! Und daß ich dich, Schön menschlich Antlitz! habe?

Sind wir auch bereit, zu Zeiten demütig zu sprechen: Gott, sei mir Sünder gnädig?

Oder sind wir unser kleiner Gott, der über gut und böse verfügt und weiß, daß die Welt zum Paradies würde, wenn nur alle unseren klugen Ratschlägen folgten? Soll am eigenen Wesen die Welt genesen? Regiert nicht immerzu in Appellen und Demonstrationen, auf Kanzeln, Kathedern und Pulten der Wille zum absolut Guten, hinter dem sich stets der Teufel mit seiner List verbirgt? Triumphiert nicht das Gesetz der Werke über den Geist der Wahrheit?

Jedenfalls lautet die Wahrheit des Heiligen Geistes, daß Gott im Himmel ist und wir auf Erden. Diese Wahrheit, wenn wir sie denn hören, überführt uns unserer Unwahrheit und führt uns in unsere eigene Wahrheit. Der Geist der Wahrheit demütigt uns: „Wir haben nichts in die Welt gebracht, darum werden wir auch nichts hinausbringen.“ Der Geist der Wahrheit tröstet uns: „Laß dir an meiner Gnade genügen, denn meine Kraft ist in den Schwachen mächtig.“

Der Geist der Wahrheit läßt uns ehrlich sein vor uns selbst und vor unseren Mitmenschen. Er eifert nicht, sondern schenkt Gelassenheit; er lehrt nicht Resignation, sondern Zuversicht; er bläht sich nicht auf, sondern macht bescheiden.

Er lehrt uns mit Paul Gerhardt sprechen: Du bist ein Geist der Freuden, Von Trauern hältst du nicht, Erleuchtest uns im Leiden Mit deines Trostes Licht. Ach ja, wie manches Mal Hast du mit süßen Worten Mir aufgetan die Pforten Zum güldnen Freudensaal.

Spannende Suche nach der „bulgarischen Spur“

Am Pfingstmontag beginnt in Rom der zweite Prozeß um das Papsttattentat von 1981

Von unserer Korrespondentin

Der Prozeß des Jahrhunderts, von dem die Ost-West-Beziehungen abhängen — so bedeutungsvoll sieht man in Italien ein am Pfingstmontag beginnendes Verfahren in Rom: Vor Gericht steht erneut der Papst-Attentäter Ali Agca, diesmal nicht allein, sondern in Kompanie mit inhaftierten Angeklagten, die zur „bulgarischen Spur“ führen.

Es geht nicht mehr darum, ob der Türke am 13. Mai 1981 auf dem Petersplatz geschossen hat, sondern wer seine Hand bewaffnet hat. War es — wie der im ersten Prozeß zu lebenslanger Haft verurteilte Agca seit drei Jahren behauptet — der bulgarische Geheimdienst in Zusammenarbeit mit der türkischen Mafia? Ging es darum, im Auftrag oder im Einvernehmen mit dem sowjetischen KGB, den unbequemen Polen aus politischen Erwägungen heraus beseitigen zu wollen? Sechs Geschworene und die zuständigen Richter sollen diese Fragen in sechs bis sieben Monate dauernden Verhandlungen zu klären versuchen.

In einer früheren Turnhalle, schon für den Moro-Prozeß schufsbereit gemacht, wird das Verfahren am Montag morgen beginnen. Gerichtsvorsitzender ist Dr. Santipichi, der nicht nur Agca schon beim erstmaligen Verurteilen, sondern auch mit viel Geschick den Moro-Prozeß führte. Die öffentliche Anklage vertritt Staatsanwalt Marini, auch er durch Terroristenverfahren bekanntgeworden.

In den „Angeklagten-Käfigen“ mit weißen Gitterstäben werden außer Agca weitere Türken sitzen, jedoch nur ein Bulgare, sofern es dessen Gesundheitszustand erlaubt. Es ist der 37-jährige Antonow, Angestellter der bulgarischen Fluggesellschaft Balkan-Air.

Im November 1982 in Rom festgenommen, wurde er nach langer Untersuchungshaft wegen seiner körperlichen und seelischen Gebrechen in Erwartung des Prozesses zum Hausarrest bestimmt. Weitere zwei mitangeklagte Bulgaren, frühere Angehörige der Botschaft des Landes in Rom sowie andere Türken sind flüchtig. Insgesamt gehören acht Angeklagte unter Anwesenden und Flüchtigen zu diesem Prozeß.

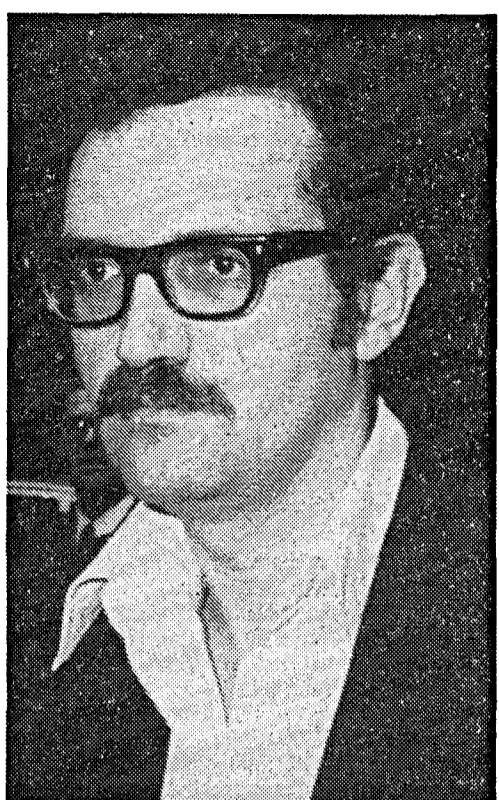
Im Frühjahr 1982 begann der verurteilte Agca plötzlich auszupacken. Das war fast ein Jahr nach den Schüssen auf dem Petersplatz. Er hatte jede Hoffnung verloren, von seinen Gesinnungsgenossen befreit zu werden. Untersuchungsrichter Martella füllte mit Agcas neuem Geständnis Akte um Akte. Dieser redete, widerrief, änderte ab, widerrief, behauptete das Gegenteil. „Ein Lügenmärchen“, erklärten Antonows Anwälte und bulgarische Richter noch heute.

Martella jedoch reiste zwischen Bulgarien, der Schweiz und der Bundesrepublik hin und her, sprach mit Türken der rechtsradikalen Organisation „Graue Wölfe“, verhörte in Rom Hausnachbarn und Arbeitskollegen der verdächtigen Bulgaren. Eine über 1000 Seiten lange Anklageschrift entstand, in der Richter Martella eigene Zweifel an mancher Agca-Aussage nicht verbirgt. Übrig blieben jedoch genügend Anhaltspunkte, die die Eröffnung des Prozesses notwendig machten.

Gemäß der Anklageschrift sind es hauptsächlich drei Anhaltspunkte, die eine Komplizenschaft von Bulgaren möglich erscheinen lassen: Agca, das scheint erwiesen, verbrachte mehrere Monate im Sommer 1980 in Sofia, stand dort in Verbindung mit türkischen Mafiosi und Männern des bulgarischen Geheimdienstes. Der Plan zur Erschießung des Papstes reifte heran. Agca: „Ich dachte, das würde der Höhepunkt meiner Terroristätigkeit: das katholische Oberhaupt töten, eine historische Geste.“ In Sofia und kurz vor dem Attentat in Rom traf er Bulgaren der römischen Botschaft, er nannte sie auch, doch handelte es sich um Decknamen.

Ihre Gesichter erkannte der Türke ohne zu zögern jedoch ein halbes Jahr später in einem ihm von Martella vorgelegten Album mit 56 Fotos von in Rom ansässigen Bulgaren wieder. Zwei waren Botschaftsangehörige und längst in die Heimat zurückgekehrt, der dritte der dann sofort festgenommene Antonow. Weiterer Anhaltspunkt für die „bulgarische Spur“: Agca berichtete, eigentlich hätte er nach der Tat in einem Lastwagen versteckt, nämlich einem in Richtung Bulgarien abgehenden Speditionsauto, am selben Abend noch von der Botschaft außer Landes geschmuggelt werden sollen. Tatsächlich ermittelte die römische Justiz, daß kurz nach dem Papsttattentat von der bulgarischen Vertretung Roms aus ein Lastwagen losfuhr.

Gegen die „bulgarische Spur“ — nachlesbar ebenfalls in der Anklageschrift — sprechen jedoch mehrere Zeugenaussagen zugunsten von Antonow. Ebenfalls die Tatsache, daß Agca die



Zweiter Prozeß um das Papsttattentat am Montag in Rom. Von den acht Angeklagten werden nur vier vor Gericht erscheinen. Zu ihnen gehört der Bulgare Antonow, Chef des Büros der bulgarischen Fluggesellschaft Balkan Air in Rom. Hier bei seiner Verhaftung.

römische Wohnung des Bulgaren haarklein zu beschreiben wußte, nachweislich dort jedoch nie gewesen ist: „Jemand, der Interesse daran hat, die Bulgaren zu belasten, hat ihm Fotos von der Wohnung vorgelegt“, so behaupten immer noch Antonows Verteidiger.

Sie schlagen damit in dieselbe Kerbe wie sowjetische Presseorgane, die mehrmals behaupteten, hinter Agcas Geständnis stecke der amerikanische Geheimdienst.

Weitere Pluspunkte für Antonow: Schon im Juli 1982 tauchten in der italienischen Presse erste Gerüchte über die bulgarische Spur auf. Die Verteidiger: „Wenn Antonow ein schlechtes Gewissen gehabt hätte, warum suchte er nicht dann schnellstens das Weite, statt in Rom zu bleiben und ruhig abzuwarten?“

Wie das „Duell zwischen Ost und West“, so römische Zeitungen, letztlich vor Gericht in Rom ausgehen wird, erwartet man daher mit Spannung. Nicht eingemischt in die etwaige internationale Intrige hat sich der Hauptbetroffene, Papst Johannes Paul II. bei einem Gefängnisbesuch im Dezember 1983 verzieht er seinem Attentäter nochmals persönlich.

Christa Peduto

Zweifel am Funktionieren des „Thatcherismus“

Wachsende Kritik an der konservativen Regierungschefin in England

Von unserem Korrespondenten London, im Mai

Beträchtliche Nervosität macht sich in den Reihen der Konservativen Partei bemerkbar, obwohl die Regierung Thatcher noch maximal drei Jahre ihrer zweiten Amtsperiode vor sich hat. Die Arbeitslosigkeit will nicht sinken, und das liefert Kritikern und Gegnern das Argument: Thatcherismus funktioniert nicht. Mit manchen politischen Initiativen tritt die Regierung „ihren eigenen Leuten“, also ihren traditionellen Wählern, auf die Zehen. Reformen sind angekündigt, die sicher große Kontroversen auslösen werden.

In den jüngsten Gemeindevahlen erlitten die Konservativen eine schwere Schlappe. Der Trend der letzten Meinungsumfragen zeigt eine deutliche Abkehr von der Partei, die in der Wahl vor fast genau zwei Jahren mehr als 42 Prozent der Stimmen und eine erdrückende absolute Mehrheit im Unterhaus erhielt. Die jüngste Umfrage zeigt für die Thatcher-Partei den bisher niedrigsten Stand in der Gunst der Bevölkerung: nur noch 29 Prozent würden jetzt für sie votieren. Die Labour Party und die Sozialliberale Allianz liegen mit jeweils 35 Prozent vorne, ein Barometerstand, der insbesondere die Allianz entzückt.

Revolten im Unterhaus

Die Unruhe in der Regierungspartei manifestiert sich in mehreren Formen. Expansivere Wirtschaftspolitik wird verlangt, um durch staatliche Investitionen die Beschäftigung anzukurbeln. Eine Revision des radikalen Zuschnitts der Thatcher-Politik fordern andere. Manche sehen das Problem im Image, im Stil von Frau Thatcher, in ihrer Starrheit, Ungeduld und ihrem schneidenden Ton.

Im Unterhaus äußert sich die Unruhe in Abstimmungsrevolten gegen Regierungsvorlagen. Sie können die Regierung zwar nicht ernsthaft in Gefahr bringen, aber sie sind Warnzeichen. Verschiedene Gruppen in der Partei argumentieren für eine weichere Linie. Als die bisher deutlichste Opposition hat sich jetzt ein Kreis von dreißig „Weichlingen“ um den ehemaligen Außenminister Francis Pym gebildet, den Frau Thatcher aus dem Kabinett entfernte, nachdem er kurz vor der letzten Wahl vor der „Gefahr“ einer zu großen parlamentarischen Mehrheit gewarnt hatte. Diese Gruppe unter der Bezeichnung „Mittelstürmer“ plädiert für eine „weniger deflationäre“ Wirtschaftspolitik, im Klartext für eine Wende.

Nur geringe Korrekturen

Einstweilen hat Frau Thatcher nur geringe Korrekturen an ihrer äußeren Erscheinung und der Art ihres Vortrags vorgenommen. Ihre „Imagepfleger“ haben ihr eine etwas weichere Frisur angeraten. Ihre Stimme ist nicht mehr so schrill, und sie kanzelt ihre Widersacher auch nicht mehr so brüsk ab. Aber in der Substanz ihrer Politik zeigen sich bisher keine entscheidenden Änderungen. In ihren öffentlichen Reden beharrt Frau Thatcher darauf, die konservative Regierung sei wegen ihrer radikalen Reformprogramme gewählt worden und an dieser Mission werde festgehalten. Sie zeigt keine Bereitschaft, auf die Parteifreunde zu hören, die ihr nur „bei gutem Wetter“ beistehen, und weiche Knie bekommen, wenn die Gangart hart wird. Und der Weg wird sicherlich steiniger. Eine Revision des Systems der sozialen Sicherheit steht bevor. Auch das ungemein komplizierte Problem der Gemeindesteuern soll angepackt werden. In beiden Fällen stößt die Regierung in ein solch kompliziertes Geflecht von Interessen, daß heftige Auseinandersetzungen zu erwarten sind.

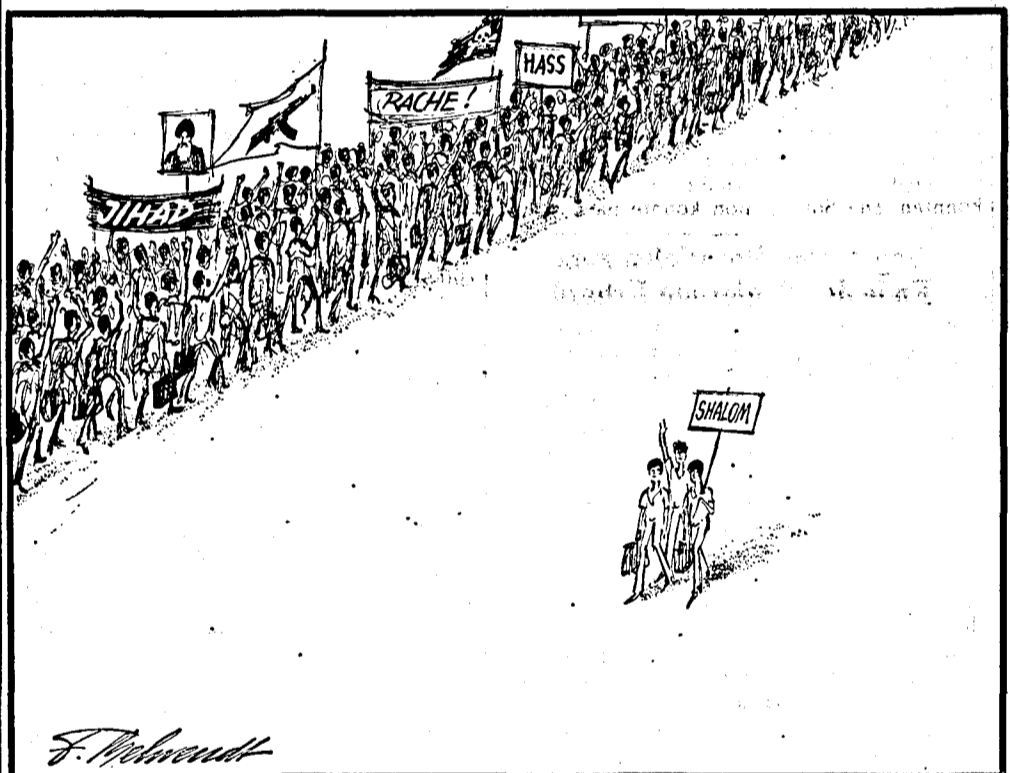
Die Opposition notiert sorgfältig die Unruhe in den konservativen Reihen und den Wandel in der Grundströmung der öffentlichen Meinung. Aufmerksamkeit und Energie sind schon völlig auf die nächste Wahl gerichtet. Neil Kinnock sucht die Labour Party sachte mehr in Richtung auf das Mittelfeld des politischen Spektrums zu steuern, hat aber alle Hände voll zu tun, den Widerstand der linken Puristen

abzuwehren. Führer in der Gewerkschaftsbewegung kommen ihm dabei zu Hilfe. Sie fordern jetzt nicht mehr so vehement die Abschaffung aller konservativen Gewerkschaftsgesetze und sind auch bereit, in anderen Bereichen zurückzusteuern, um die Wahlchancen für Labour zu fördern.

Die Allianz erfreut sich derweil an ihrem Aufstieg in der Wählergunst. Sie wird nun

deutlicher als Alternative zu den Konservativen gesehen. Könnte die Allianz diese Position halten, dann würden die nächsten Wahlen wahrscheinlich ein Unterhaus ergeben, in dem keine Partei die absolute Mehrheit hat. Aber dies ist ein großes „Wenn“, denn bis zu den nächsten Wahlen kann noch viel geschehen, was die launischen Wähler beeinflusst.

Wilfried Kratz



Gefangenen-Austausch

Zeichnung: Behrendt

Ein Volksbegehren soll die Armee abschaffen

Schweizer Linke möchten durch kühnen Vorschlag Denkanstöße geben

Von unserer Korrespondentin

Zürich, im Mai
„Die Schweiz könnte das erste Land der Welt sein, das den anderen Nationen den Frieden erklärt“, sagt ein Schriftsteller. „Der Krieg kommt von selbst, den Frieden muß man machen“, sagt ein Psychoanalytiker. „Ich glaube, daß wir als Kleiner beginnen müssen. Ich plädiere für eine starke Schweiz ohne Waffen“, sagt ein Pfarrer. „Ich habe lange miterlebt, daß unsere Armee keinen Frieden schafft, sondern Aggressionen entwickelt und fördert“, sagt ein ehemaliger Offizier. „Wir müssen nach einer Alternative zum Teufelskreis der Rüstungsspirale suchen“, sagt ein Student, und ein Kunstgewerbeschüler ergänzt: „Männer sollen ruhig spielen, aber etwas billiger.“ So und ähnlich lauten die Zitate von Befürwortern einer Volksinitiative „für eine Schweiz ohne Armee“.

Die Schweiz, die 1874 die allgemeine Wehrpflicht einführte, verfügt heute über eine Milizarmee mit 625 000 Mann und einer Ausrüstung von über sieben Milliarden Franken. Eine Schweiz ohne ihre Armee? Allein der Gedanke macht viele Eidgenossen schaudern. „Eine unerhört respektlose, verantwortungslose Forderung! Jeder bewußte Schweizer Bürger wird diese staatsgefährdende Initiative ablehnen.“ So tönt es in den Briefen, mit denen Leser ihre Zeitungen bombardieren. Einer von ihnen war empört, weil Männer in Uniform, „diesem Ehrenkleide der Nation“, es wagten, beim Ostermarsch Unterschriften für das Volksbegehren zu sammeln. Im übrigen tituliert man die Befürworter als Schmarotzer unserer Gesellschaft, als weltfremde Friedensfürsten und immer wieder als moskaugesteuerte Naivlinge.

Die Kernsätze des Volksbegehrens lauten: „Die Schweiz hat keine Armee. Sie entwickelt eine umfassende Friedenspolitik, welche die Selbstbestimmung des Volkes stärkt und die Solidarität unter den Völkern fördert.“ Zehn Jahre nach der Annahme der Initiative durch das Volk müßte diese Bestimmung verwirklicht

sein. Daß sie Zustimmung bei der Mehrheit finden könnte, daran zweifeln sogar die Initianten selber: die Sozialistische Arbeiter-Partei und die Jusos. Aber ihnen liegt daran, einen Prozeß des Umdenkens in Gang zu bringen.

Kaum war die Initiative geboren, flatterte auch schon eine sechsstellige Sonderausgabe der „Schweizerzeit“, einer konservativen Zeitung für Unabhängigkeit, Föderalismus und Freiheit in die zwei Millionen Schweizer Haushalte. Der ehemalige Bundesrat Rudolf Friedrich schrieb darin einen Leitartikel über den „Verhängnisvollen Irrweg“ und veröffentlichte, von 77 eidgenössischen Parlamentariern unterstützt, einen flammenden Aufruf an das Schweizer Volk, „dieser agitatorischen Kampagne entschlossen entgegenzutreten und das Volksbegehren auf keinen Fall zu unterzeichnen“.

Sichtlich nervös reagierten auch all jene, die als Konservative und Rechtsgerichtete in der Schweiz einen Namen haben, auf die fatalen Konsequenzen einseitiger Abrüstung; sie ließen keinen Zweifel daran, daß dieses Volksbegehren nur den Interessen Moskaus diene. Auch die Kirchen bekamen wegen des angeblichen Mißbrauchs ihrer geistigen Autorität und ihrer Armeefeindlichkeit gehörig eins aufs Dach.

„Die Armee-Abschaffung ist nicht ein schlechter Witz, sondern eine Unverschämtheit, eine Beleidigung des schweizerischen Volkes, eine Ohrfeige ins Gesicht der Hunderttausende von Schweizern, die Jahr für Jahr ihre Wehrpflicht erfüllen.“ So wettete einer der höchsten Offiziere. Plump und frech, meinte er, gingen die Initianten vor — genauso wie die Sozialdemokraten, die schon lange das Volk bei den Rüstungsausgaben mitreden lassen möchten.

Seit den Napoleonischen Kriegen, nämlich seit 1815, hat die Schweiz keinen Krieg mehr erlebt. Das hat der Armee, die ausschließlich der Selbstverteidigung des Landes dient, ein großes Ansehen verschafft. In der jüngeren Geschichtsschreibung jedoch taucht immer

wieder die ketzerische Frage auf, ob es denn wirklich das Verdienst der Armee und ihrer Wehrbereitschaft gewesen sei, die Schweiz aus den Kriegen herauszuhalten.

Im Zweiten Weltkrieg, als das Land von allen Seiten umzingelt war, faßte der Oberbefehlshaber, General Henri Guisan, den Entschluß, die Armee im Sommer 1940 ins „Reduit“ der Alpen zurückzuziehen. Dieses Reduit war eine bombensichere Befestigungsanlage im Gott-hardmassiv. Damit habe der General das Land gerettet, hieß es damals. Tatsächlich beschützte die Armee in der Alpenfestung nur noch sich selbst, nicht aber Frauen und Kinder oder Fabriken und Werkstätten. Von der damals vielzitierten Verteidigung der Heimat konnte also gar nicht die Rede sein.

Über den Mythos der Schweiz im Zweiten Weltkrieg schreibt zum Beispiel „Der Staatsbürger“, dem man sicher keine Armeefeindlichkeit nachsagen kann: „Daß die Schweiz verschont blieb, hat sie weitgehend der internationalen Lage, einer bestimmten Kriegskonstellation zu verdanken, beispielsweise der Tatsache, daß ein intaktes Land mit zwei bedeutenden Alpentunnels für die Wirtschaft der Achse von Nutzen war. Daß sie daraus aber einen Mythos konstruierte, hat mit der konkreten historischen Realität wenig, mit der Beschwörung des verzerrten Leitbildes alt-schweizerischen Heldentums jedoch sehr viel zu tun.“ Mit anderen Worten: Auch wer nicht gegen die Armee ist, kann ihren Nutzen bezweifeln.

Im Reduit hätte die Schweizer Armee mit Sicherheit überlebt, auch wenn die Zivilbevölkerung draufgegangen wäre. Ebenso sicher wird sie auch den Vorstoß zu ihrer Abschaffung überleben. 100 000 Unterschriften müßten die Armeegegnern in 18 Monaten zusammenbringen, damit es zu einer Volksabstimmung über dieses brisante Thema käme. Immerhin: Auf 16 000 Unterschriften haben sie es bereits in den ersten vier Wochen gebracht. Irmgard Locher

Einigkeit über Reagans Budget

Kompromiß zwischen Republikanern und Demokraten im Kongreß

Von unserer Korrespondentin

Washington, im Mai
In seltener Einmütigkeit haben Demokraten und Republikaner im Kongreß ein Budget erarbeitet, das weitgehend den Wünschen von Präsident Reagan entspricht und bei Gesamtausgaben von 967 Milliarden Dollar im kommenden Haushaltsjahr Einsparungen erlaubt, die binnen drei Jahren die Defizite auf weniger als hundert Milliarden Dollar jährlich senken sollen.

Bei den Republikanern liegt der Nachdruck des Sparprogramms auf verschiedenen Sozialprogrammen und Projekten, die gewöhnlich den Städten zugutekommen. Dafür wollen sie die Verteidigungsausgaben auf der jetzigen Höhe, plus einem Inflationsfaktor von drei bis vier Prozent, halten. Die Demokraten wiederum

halten eine schützende Hand über die Renten und anderen Sozialprogramme, bestehen aber darauf, die Verteidigungsausgaben dadurch zu stützen, daß sie überhaupt keinen Inflationszuschlag gewähren.

Obwohl der Präsident lautstark die Abstriche am Wehrbudget beklagt, wozu auch eine vorläufige Obergrenze von 50 „MX“-landbasierender Interkontinentalraketen gehört, geben seine Mitarbeiter zu, daß man „im Großen und Ganzen mit einem blauen Auge davongekommen ist“. Die Demokraten, die bei den letzten Wahlen so schwer geschlagen worden waren, haben aus der Niederlage gelernt und sich sorgfältig von der Forderung ihres letzten Präsidentschaftskandidaten Mondale nach Steuererhöhungen distanzieren. Es war diese bittere Lehre vom vergangenen November, die sie bewog, liebevollere Programme und Projekte in Milliardenhöhe aufzugeben.

Unter Führung des Abgeordneten von Philadelphia, Gray, der dem Budgetausschuß des Repräsentantenhauses vorsitzt und „nebenberuflich“ einer der bekanntesten schwarzen Baptistenprediger ist, haben sich die Demokraten wieder in die Rolle der Verteidiger der „sozialen Fairneß“ hinaufgehängt. Alles deutet darauf hin, daß sie in den kommenden Kongreß- und Senatswahlen im kommenden Jahr dafür reiche Dividende ernten werden.

Was die Rüstungsausgaben betrifft, so hat der Bau und die Installation der „MX“-Raketen nur eine Verzögerung erfahren. Bekanntlich wollte man während der Regierungszeit von Präsident Carter in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre insgesamt 200 solcher landgestützter Interkontinentalraketen beweglich in den Wüsten des Westens, insbesondere Nevadas, stationieren. Unter Reagan wurde die Zahl auf hundert reduziert. Die Silos im nordwestlichen Staat Wyoming, die ab Ende 1986 diese Raketen aufnehmen sollen, gelten freilich als zu schwach, um einem feindlichen Angriffsschlag standzuhalten. Die jetzige Beschränkung auf 50 „MX“ ist denn auch vom Senat ausdrücklich mit dem Hinweis akzeptiert worden, daß das Programm wieder erweitert werden könnte, falls eine bessere Stationierungsmethode gefunden werden sollte.

Alles in allem sind demokratische und republikanische Senatoren und Abgeordnete in die kleinen Ferien des „Memorial Days“ in ihre Heimatbezirke in der Überzeugung abgereist, sowohl für das Land wie für die eigene Partei das Bestmögliche aus der abgelaufenen Budgetdebatte herausgeholt zu haben. Differenzen zwischen der Senats- und der Repräsentantenhaus-Version werden in der kommenden Woche in einem gemeinsamen Ausschuß ausgeglichen werden müssen. Doch beginnt sich das allgemeine Interesse bereits der Steuerreform zuzuwenden, die Präsident Reagan als das Kernstück seines Regierungsprogramms in der zweiten Amtszeit bezeichnet.

Marlene Manthey